In 40 Jahren gab es in Baden-Württemberg nur die Volksabstimmung über das Bahnprojekt Stuttgart 21 – und die war von der Regierung initiiert. FILDI DPA

Bürgerbeteiligung: Baden-Württemberg soll die rote Fahne abgeben / Streit um ein Gesamtpaket

Bündnis begehrt Mitsprache

Von unserem Korrespondenten
Peter Reinhardt

STUTTGART. Wenige Tage vor dem Bürgerentscheid in Mannheim über die umstrittene Bundesgartenschau ist die Diskussion über den Ausbau der direkten Demokratie im Südwesten neu aufgeflammt. Das Bündnis Mehr Demokratie fordert größere Anstrengungen von der grün-roten Landesregierung. Nach zweieinhalb Jahren gebe es keine Fortschritte. „Baden-Württemberg sollte nicht auf dem letzten Platz bleiben", sagt Vorstandsmitglied Edgar Wunder. Brigitte Dahlbender, die Landeschefin des Umweltverbandes BUND, ergänzt: „Wir sind zunehmend befremdet und reagieren mit Unverständnis." Für den Deutschen Gewerkschaftsbund fordert Landeschef Nikolaus Landgraf „deutlichere und mutigere Schritte von der Landesregierung".

Dahlbender und Landgraf nehmen die oppositionelle CDU in Haftung: „Die CDU blockiert alles und missbraucht ihre Oppositionsrolle." Die Christdemokraten bremsen in der interfraktionellen Arbeitsgruppe des Landtags, die sich schon vor dem Sommer wetgehend auf Eckpunkte für den Ausbau von Bürgerbeteiligung in den Kommunen und auf Landesebene verständigt hat. Der Hintergrund: Regierungsfraktionen und Opposition sind sich zwar einig, dass bei Volksabstimmungen auf Landesebene das Zustimmungsquorum von jetzt 33 auf 20 Prozent gesenkt werden soll. Die dafür notwendige Verfassungsänderung geht nur mit Zustimmung der CDU. Die will aber dafür Zugeständnisse auf anderen Gebieten, etwa bei den Regeln für die Mitsprache der Betroffenen bei Großprojekten.

CDU unter Druck

„Die CDU will keine wirklichen Fortschritte", klagt Landgraf. Selbst FDP-Landtagsfraktionschef Hans-Ulrich Rülke drängt: „So langsam haben wir die Befürchtung, dass gar nichts geht." Rülke will jetzt wissen, „ob sich was bewegt". Am 25. September trifft sich die Expertenrunde des Landtags noch einmal.

Die Grünen haben bereits einen Alleingang angekündigt. „Wenn die CDU jetzt nicht zu substanziellen Fortschritten beim Volksbegehren im Land bereit ist, ändern wir mit der Koalitionsmehrheit die Spielregeln für die kommunalen Bürgerbegehren", bekräftigt ihr Fraktionsgeschäftsführer Ulli Sckerl. Der Wendlinger Abgeordnete verweist auf die Kommunalwahl im Mai nächsten Jahres. Bis dahin müsse das kommunale Bürgerbegehren reformiert sein. Sckerl: „Alle haben ein Recht, vor dem Wahltag zu wissen, wie die künftigen Spielregeln in der Gemeinde lauten."

CDU-Fraktionschef Peter Hauk verlangt gestern noch einmal ein Gesamtpaket. Er schiebt die Schuld am Stillstand den Grünen zu: „Die Grünen sollten endlich ihre Hausaufgaben machen und rechtzeitig vor der nächsten Sitzung einen zwischen den Ressorts abgestimmten Planungsleitfaden vorlegen." Staatsrätin Gisela Erler habe diesen Leitfaden seit etwa einhalb Jahren versprochen. Vor den Sommerferien wurde ein Entwurf präsentiert, bei dem aber die Kosten der Mitsprache bei Großprojekten ausgeklammert sind.

Dagegen vertritt Dahlbender die Ansicht, dass der Planungsleitfaden gar nicht zum Ausbau der direkten Demokratie gehört. Die geplante Anhörung der Bürger bei Infrastrukturvorhaben bleibe ohnehin wirkungslos, wenn sie nicht über ein Bürgerbegehren die Entscheidung an sich ziehen könnten.

Bewegung verlangt das Bündnis auch von der SPD. Die Sozialdemokraten lehnen bisher Bürgerentscheide über neue Baugebiete ab, um die Gemeinderäte nicht zu entmündigen. „Die SPD soll klar erklären, wie sie die Bauleitplanung einbeziehen will", fordert Dahlbender.

Das Bündnis Mehr Demokratie verlangt für Bürgerentscheide ein gestuftes Zustimmungsquorum. In Großstädten mit mehr als 150 000 Einwohnern sollen acht Prozent für einen Erfolg reichen, in überschaubaren Gemeinden bis 10 000 Einwohner 20 Prozent. Weitere bürokratische Hürden, etwa der bisher verlangte Kostendeckungsvorschlag und Fristen, müssten fallen.

Ernüchternde Bilanz

- Auf Landesebene hat es in Baden-Württemberg **noch nie einen von Bürgern angestoßenen Volksentscheid** gegeben. Die Abstimmung über Stuttgart 21 hatte die grün-rote Regierung aufs Gleis geschoben.
- Mit dem Saarland rangiert Baden-Württemberg im **bundesweiten Vergleich auf dem letzten Platz**.
- Für 2012 hat Mehr Demokratie **bundesweit zehn Verfahren** gezählt. Drei davon waren inhaltlich erfolgreich, weil die Landtage sie übernahmen. Sechs scheiterten an den Hürden vor der Abstimmung. *pre*